



3/2012

1. Europaweit Schuldenbremsen durchgesetzt

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist ein entscheidender Schritt zur Stabilitätsunion gelungen. Auf dem informellen Gipfel vom 30. Januar 2012 haben 25 der 27 Staats- und Regierungschefs den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion fertiggestellt. Lediglich Großbritannien und Tschechien beteiligen sich nicht daran, können aber noch hinzutreten. Mit diesem finanzpolitischen Pakt, auch Fiskalpakt genannt, verpflichten sich die teilnehmenden Staaten, eine Schuldenbremse in ihre nationale Gesetzgebung aufzunehmen. Gleichzeitig akzeptieren sie eine stärkere Haushaltskontrolle durch die EU sowie Sanktionen im Falle der Nichteinhaltung. Sollte die Regel des ausgeglichenen Haushalts nicht eingehalten werden, so kann Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben werden, der daraufhin Geldstrafen von bis zu 0,1 % des Bruttoinlandsproduktes verhängen kann. Die genaue Ausgestaltung des Klageverfahrens erfolgt in Kürze. Die europaweiten Schuldenbremsen schaffen neues Vertrauen und entlasten nachfolgende Generationen. Der Vertrag wird durch die Regierungen im März unterzeichnet und kann in Kraft treten, sobald er von mindestens zwölf Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets ratifiziert worden ist. Dazu ist die Zustimmung des Deutschen Bundestages erforderlich. Innerhalb von fünf Jahren soll dieses zwischenstaatliche Vertragswerk dann in den Rechtsrahmen der EU überführt werden. Die verbindlichen nationalen Schuldenbremsen sind eine notwendige Grundlage für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), weil sie verhindern, dass der ESM überhaupt in Anspruch genommen werden muss. Die Staats- und Regierungschefs haben daher auch entschieden, dass der ESM bereits zum 1. Juli dieses Jahres einsatzfähig sein soll. Wie im Dezember letzten Jahres vereinbart, wird im März 2012 die Mittelausstattung überprüft. Der ESM trägt zu mehr Stabilität und Solidarität in Europa bei. Die Einhaltung der strengen Haushaltsregeln wie auch die Rückzahlung etwaiger Finanzhilfen erfordern wachstumsfreundliche Konsolidierung und beschäftigungsfreundliches Wachstum. Neben den Beschlüssen zum Fiskalpakt wurden daher auch vordringliche Maßnahmen zugunsten der Realwirtschaft vereinbart, die durch die Europäische Union flankiert werden sollen. Die dringlichsten Ansatzpunkte sind beschäftigungspolitische Impulse insbesondere gegen Jugendarbeitslosigkeit, für die Vollendung des Binnenmarktes vor allem im Bereich der digitalen Wirtschaft sowie für verbesserte finanzielle Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen.

2. Verfahren gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten einstellen

Seit der Durchsuchung der Büroräume der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo Ende Dezember 2011 behindern die ägyptischen Behörden die Arbeit der Stiftung. In dieser Woche wurde von ägyptischer Seite offiziell bekannt gegeben, dass gegen Mitarbeiter der Stiftung in Kairo Anklage wegen angeblicher verbotener Aktivitäten und illegaler Annahme von Geldern aus dem Ausland erhoben wurde. Die Vorwürfe der ägyptischen Staatsanwaltschaft gegenüber der Stiftung sind haltlos. Das Vorgehen der ägyptischen Behörden verletzt rechtstaatliche Prinzipien. Seit 30 Jahren fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Ägypten. Wir werden die Vorgänge in Ägypten zum Thema im Deutschen Bundestag machen. In einem dringlichen Antrag, den wir gemeinsam mit den Fraktionen von FDP, SPD und Grünen einbringen wollen, verurteilen wir das Vorgehen der ägyptischen Behörden. Die freie Betätigung der deutschen politischen Stiftungen ist für die weitere Unterstützung der demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung Ägyptens von entscheidender Bedeutung.

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emilienstraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de

3. Koalitionsarbeitsgruppe zu ländlichen Räumen eingesetzt

Etwa jeder zweite Deutsche wohnt auf dem Dorf oder in einer der kleinen und mittleren Städte des ländlichen Raums. Der Bevölkerungsrückgang und die wirtschaftliche Dynamik bergen die Gefahr, dass die ländlichen Regionen zurückfallen und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse immer schwieriger wird. Die Bundesregierung hat hierzu im Herbst mit dem Demografiebericht (17/7699) und jetzt mit dem Raumordnungsbericht (17/8360) umfassende und beeindruckende Untersuchungen vorgelegt, die wir jetzt auswerten wollen. Hierzu haben wir eine Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen gebildet, die innerhalb des ersten Halbjahres konkrete Lösungsansätze zugunsten der Entwicklung der ländlichen Räume erarbeiten soll. Besonders wichtig für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land mit seinen vielfältigen kulturellen, politischen und ökonomischen Zentren ist die gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land. Wir dürfen nicht zulassen, dass Verfügbarkeit und Qualität von Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu Konzentration und Überangebot auf der einen und Verfall und Verflachung auf der anderen Seite führen. Wir müssen neue Wege des Ausgleichs und der Kooperation finden, um das Thema Stadt-Land-Gefälle nicht zu einem Problem werden zu lassen.

4. Bessere Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

In dieser Woche wurde das Gesetz zur Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-Neuordnungsgesetz – LSV-NOG) verabschiedet. Mit der Neuordnung der Organisationsstruktur wird die Aufgabenerledigung durch umfassende Bündelung bei einem Träger effizienter gestaltet. Es wird in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) ein Bundesträger mit Hauptverwaltung und Geschäftsstellen als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts errichtet, der für die gesamte LSV (Alterssicherung, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung) zuständig sein wird. In diese Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau werden die bisherigen regionalen Träger, die Träger für den Gartenbau und der Spitzenverband der LSV eingegliedert. Auch die Selbstverwaltung wird neu organisiert. Für die einzelnen Zweige der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wird eine Obergrenze bei den Verwaltungs- und Verfahrenskosten festgelegt.

5. Arbeitsmarktentwicklung im Januar weiterhin positiv

Zwar ist die Arbeitslosigkeit zwischen Dezember 2011 und Januar 2012 aufgrund jahreszeitlicher Gründe um 302.000 Arbeitslose gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der arbeitslosen Menschen aber um 264.000 ab. Wesentlich ist laut Agentur für Arbeit der Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Neben konjunkturellen Gründen haben vor allem der Strukturwandel und die Reformen des Arbeitsmarktes zu einer Verbesserung der Chancen geführt: Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich in den letzten Jahren günstiger, als dies bei gleicher Konjunktur noch vor zehn Jahren möglich gewesen wäre. Noch stärker als die Zahl der Arbeitslosen sank die Zahl der Kurzarbeiter: Mit 4.113.000 zählt die Agentur für Arbeit in diesem Januar 489.000 weniger Kurzarbeiter als vor einem Jahr. Die in der Kurzarbeiterzahl zum Ausdruck kommende Unterbeschäftigung vermittelt ein umfassenderes Bild von Defiziten am Arbeitsmarkt als die reine Arbeitslosigkeit, da sie auch Personen mit einbezieht, die z.B. an entlastenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen. Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt auf hohem Niveau. Im Januar belief sich der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen auf 452.000, das sind 77.000 mehr als im Vorjahr. Dabei steigt die Nachfrage in fast allen Branchen. Besonders gesucht sind zurzeit Fachleute in den Bereichen Mechatronik, Elektro, Energie, Metall, Maschinenbau, Logistik und Gesundheit.

6. Deutsches Ressourceneffizienzprogramm für nachhaltiges Wirtschaften

Eine sichere und ausreichende Versorgung mit Rohstoffen ist unabdingbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen. Deutschland ist gerade bei den für die Industrie wichtigen metallischen Primärrohstoffen in hohem Maße von Rohstoffimporten abhängig. Bei den Seltenen Erden, die in vielen Zukunftstechnologien verwendet werden, kommt hinzu, dass sich das Fördervolumen auf einige wenige Länder konzentriert. Verknappungen an den Rohstoffmärkten, die bspw. durch Explorationsengpässe oder durch eine interessengeleitete Rohstoffpolitik in den Bezugsländern entstehen, können zu Produktionseinschränkungen und Kostensteigerungen führen. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung eine Rohstoffstrategie verabschiedet, um die deutsche Wirtschaft in ihrer Rohstoffbeschaffung zu unterstützen. Neben dem Ausbau von Rohstoffpartnerschaften sowie der Unterstützung der Unternehmen bei der Diversifizierung ihrer Rohstoffbezugsquellen steht auch der Abbau von Handelshemmnissen im Rahmen der EU-Handelspolitik im Vordergrund. Ein wichtiger Baustein, der mit einer hinreichenden Rohstoffversorgung zusammenhängt, ist die Steigerung der Ressourceneffizienz.

7. Mitsprache bei der CDU-Politik – Der direkte Draht zur Bundeskanzlerin

Mit dem Bürgerdialog im Internet ist nun der zentrale Bestandteil des Zukunftsdialogs der Bundeskanzlerin gestartet. Unter www.dialog-ueber-deutschland.de können sich alle Bürger in die Politik der Bundesregierung einbringen. Cajus Caesar hofft, dass dies von den Lippern stark genutzt wird: „Wir haben hier die bisher einmalige Chance, unsere regionalen Interessen im direkten Dialog mit der Kanzlerin einzubringen.“ Alle Bürger sind eingeladen, konkrete Vorschläge für das kommende Jahrzehnt zu machen, zu diskutieren und zu bewerten. Bisher gehen jeden Tag etwa 1000 Vorschläge ein, ca. 25.000 Besucher hat die Internetseite täglich. Nach Ende der Vorschlags-Phase am 15. April erhalten die Autoren der zehn im Netz bestbewerteten Vorschläge eine Einladung ins Bundeskanzleramt, wo die Bundeskanzlerin mit ihnen direkt diskutieren wird. Diese Chance bietet sich den Lippern auch am 28. März, wenn die Bundeskanzlerin in Bielefeld direkt mit den Bürgern ins Gespräch kommen möchte. Der direkte Dialog zwischen der Kanzlerin und den Bürgern ist ein weiterer Grundpfeiler der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Zukunftsdialogs. Das Kanzleramt hat das Projekt bereits im vergangenen Jahr mit rund 120 Wissenschaftlern und Praktikern in bislang 18 Arbeitsgruppen angestoßen. Angela Merkel hat bereits an mehreren Sitzungen teilgenommen. Der Dialog mit den Bürgern über die Internetpräsenz und die Veranstaltungen ist ein weiterer Schritt. „Im Zukunftsdialog werden zentrale Herausforderungen Deutschlands in den nächsten Jahren und Jahrzehnten diskutiert“, so Caesar. „Ich würde mich freuen, wenn sich möglichst viele Menschen aus unserer Heimat dabei einbringen würden.“

8. Ministerin Aigner und Cajus Caesar MdB: Absatz regionaler Produkte fördern

Mit der geplanten freiwilligen Zusatz-Kennzeichnung wird mehr Transparenz bei regionalen Produkten erreicht. Das so genannte „Regionalfenster“ liefert mehr Auskunft über die Herkunft und Eigenschaften von Produkten. Cajus Caesar sieht in dem Vorschlag vor allem große Vorteile für die Verbraucher und Produzenten in ländlichen Regionen wie Lippe. „Viele Menschen haben das Gefühl, hier nicht ausreichend informiert zu sein“, sagte die Initiatorin des „Regionalfensters“ Bundesministerin Aigner am Rande der Grünen Woche. In Abstimmung mit den Bundesländern will sie daher ein einheitliches Regionalfenster entwickeln, dem die Verbraucher drei Informationen entnehmen können: Um welche Region geht es genau, was genau entstammt dieser Region und wer überwacht die Herstellung oder Verarbeitung? Man kann also beispielsweise erfahren, ob beispielsweise eine Marmelade einfach nur in der Region hergestellt wurde oder ob auch die Erdbeeren von dort stammen. Einen ähnlichen Gütenachweis gibt es in Lippe: Das „Gütesiegel Lippequalität“. Bereits seit zehn Jahren darf dies nur von Mitgliedsbetrieben für solche Produkte verwendet werden, deren wesentlichen Rohstoffe aus Lippe stammen und deren Produktion in der Region stattfindet. Für den Vorschlag der Ministerin sieht Cajus Caesar überdies ein Bekenntnis zu echter Regionalität. „Für die Verbraucher wird der bis jetzt ungeschützte Begriff „regional“ so natürlich noch transparenter“, stellt unser heimischer Abgeordneter die Vorteile der Idee für den Verbraucher heraus. „Ebenso haben die Hersteller, die mit Waren aus der Region in der Region produzieren, sicher ein großes Interesse daran, dass dies deutlich beworben wird. Die Bundesregierung setzt hier ein Zeichen, dass Regionalität auch beim Thema Konsum und Verbrauch einen immer größeren Stellenwert einnimmt.“

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emilienstraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de

9. Cajus Caesar setzt sich für Kinder- und Jugendtourismus ein

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche über das Thema Kinder- und Jugendtourismus debattiert. Als Berichterstatter für Tourismus hat unser heimischer Bundestagsabgeordneter Cajus Caesar den Antrag der Regierungsfractionen mit initiiert: „Reisen von Kindern und Jugendlichen bringen sowohl Vorteile für die Entwicklung des Nachwuchses, als auch für die Tourismuswirtschaft – denn die Jugendlichen von heute sind die Erwachsenen von morgen.“ Wer als junger Mensch die Qualitäten des Reiselandes Deutschland kennenlernt, wird diese auch als Erwachsener zu schätzen wissen. Kinder und Jugendliche werden in Deutschland oft als bedeutende Zielgruppe für den Tourismus unterschätzt und nur ungenügend wahrgenommen. Dabei haben Kinder- und Jugendreisen im Gegensatz zu anderen Tourismussegmenten auch eine große pädagogische und soziale Bedeutung. Sie ermöglichen intensive Erfahrungen durch das Zusammenleben in der Gruppe, dem Kennenlernen der eigenen Heimat und den Kontakt mit anderen Ländern und Kulturen. Auch gezielte Angebote zu gesunder Ernährung und Bewegung gewinnen an Bedeutung, da bei Kindern diese Bereiche immer häufiger aus dem Gleichgewicht geraten. Deshalb ist eine weitere Verbesserung der Qualität von Kinder- und Jugendreisen eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP fordern die Bundesregierung dazu auf, sich für eine intensivere internationale Vermarktung von Angeboten für den Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland einzusetzen. Der internationale Jugendaustausch, Jugendbegegnungen sowie die Qualifizierung von im Kinder- und Jugendtourismus tätigen Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helfern sollen weiter gefördert werden. Die Bundesregierung soll zudem an geeigneter Stelle auf die Einsatzmöglichkeiten des neuen Bundesfreiwilligendienstes in jugendtouristischen Einrichtungen hinweisen. „Lippe ist eine Tourismusregion und wird auch bei jungen Reisenden immer beliebter. Außerdem will ich meinen Beitrag dazu leisten, dass sich Kinder aus unserer Region bei Reisen innerhalb Deutschlands und in die Welt gut aufgehoben fühlen können“, erklärt Caesar sein Engagement.



Cajus Caesar MdB mit anderen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach der Debatte zum Thema Kinder- und Jugendtourismus.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Cajus Caesar in blue ink.

Ihr Cajus Caesar

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emiliestraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de